

aus
Peter Schneider: Vom Ende der Gewissheit.
Berlin: Rowohlt 1994

Die Intellektuellen als Grenzschützer

In seinem Buch «Eine kurze Geschichte der Zeit» erzählt Stephen W. Hawking von einem intellektuellen Mißgeschick. Er habe – zusammen mit seinem Mitstreiter Roger Penrose – knapp zwei Jahrzehnte benötigt, um die internationale Gemeinschaft der Physiker davon zu überzeugen, daß das Universum mit einem mathematisch nicht darstellbaren «singulären» Ereignis begonnen haben müsse: dem sogenannten «Urknall». Es habe viel Widerstand gegen diese These gegeben – von den Russen, die sie nicht mit ihrem marxistisch geprägten Determinismus hätten vereinbaren können, aber auch von Anhängern Albert Einsteins, die eine Art ästhetischen Ekel bekundet hätten. «Doch es läßt sich schlecht streiten mit einem mathematischen Theorem», schreibt Hawking, und so habe die Arbeit am Ende allgemein Anerkennung gefunden.

Die Sache habe nur einen Haken, fährt Hawking fort. Inzwischen habe er seine Meinung aus zwingenden mathematischen Gründen geändert und versuche nun, die gerade erst

bekehrten Kollegen davon zu überzeugen, daß er sich geirrt habe: Das Universum könne keinesfalls aus einer Urknall-Singularität entstanden sein. Auch zur Anerkennung dieses Widerrufs wird er, wenn er triftig ist, wohl ein paar Jahre brauchen.

In der Disziplin der exakten Wissenschaften hat man sich an derartige Unfälle des Denkens gewöhnen müssen. Die Geschichte der naturwissenschaftlichen Erkenntnis stellt sich als eine ununterbrochene Kette von narzißtischen Kränkungen dar. Nur wer den menschlichen Wunschbildungen mißtraute und auch das Unwahrscheinlichste für möglich hielt, kam der Wahrheit ein Stück näher. Daß die Erde sich um die Sonne dreht, daß der Mensch vom Affen abstammt, daß die Zeit den Raum verkrümmt, daß Teilchen sich nicht auf einen Ort festlegen lassen, sondern sich mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auf zwei oder mehrere Orte «verschmieren», daß unsere Erkenntnisfähigkeit selber nicht aufheb- baren Beschränkungen unterliegt – all diese Entdeckungen waren und sind Zumutungen an den gesunden Menschenverstand. Sie haben den Menschen, der sich selbst als höchstes Wesen der Schöpfung sah, aus dem Mittelpunkt des Universums an den Rand geworfen und wesentliche Bestandteile seines Selbst- und Weltbildes zu bloßen Einbildungen erklärt. Halbwegs entschädigt wurde er durch den Umstand, daß er eben diesen Kränkungen die Beherrschung einiger Naturkräfte und damit die technische Zivilisation verdankt.

Die Erfahrung, daß Theorien mit einem hohen Unfallrisiko behaftet sind und Irrtümer fast der Regelfall der Erkenntnis sind, bestimmt inzwischen den Umgangsstil der Naturwissenschaftler. Niemand wird Stephen W. Hawking einen unzuverlässigen Charakter nachsagen oder ihn des Verrats bezichtigen, weil er eine von ihm selbst unter Mühen gewonnene und durchgesetzte Erkenntnis verworfen hat. Ob eine Theorie am Ende angenommen wird oder nicht, hängt ausschließlich davon ab, ob ihre Aussagen der Überprüfung standhalten.

*

In der für Weltbilder der gesellschaftlichen Art zuständigen Disziplin, den Geistes- oder Sozialwissenschaften, herrschen andere Gepflogenheiten. Hier wird der Umstoß alter Gewißheiten immer noch mit hohen sozialen und moralischen Strafen bedroht. Die Sanktionen reichen von der Verdächtigung bis hin zur moralischen Diskreditierung und Exkommunikation. Dieser Unterschied in den Umgangsformen hat zunächst einen sachlichen Grund. Die Analysen und Voraussagen der Philosophen und Sozialwissenschaftler können niemals demselben Standard der Überprüfbarkeit genügen, dem sich die Kollegen von der «harten» Zunft unterwerfen müssen. Wer einen solchen Anspruch an die Geisteswissenschaften stellt, fordert nichts Geringeres als deren Abschaffung. Denn das Lebenselixier der «weichen» Wis-

senschaften und ihres wichtigsten Verständigungsmittels – des Diskurses – ist nicht die Beweisbarkeit einer Theorie, sondern ihre Plausibilität. Eben weil sich ihre Entwürfe niemals exakt überprüfen lassen, sind sie auch nie mit letzter Sicherheit zu widerlegen. Auch wenn sie sich mit noch so vielen «exakten» Hilfsmitteln wie Statistik, Fallstudie, sozialem Experiment absichern, ihre oberste Anrufungsinstanz bleibt ihre Evidenz. Diese keineswegs unbestechliche Richterin begnügt sich nicht damit, nach der Triftigkeit der Daten und ihrer Evaluierung zu fragen; sie bewertet die Überzeugungskraft einer Theorie mit allem, was dazu beiträgt: Glanz oder Unbeholfenheit des Vortrags, das Verhältnis zu vorhandenen Deutungsmustern, Innovationswert, soziale Anerkennung – kurz, die Theorie muß bestechen.

Glanz und Elend der Geisteswissenschaften erweisen sich im Umgang mit ihrem wunderschönen Pferdefuß: mit der Lücke zwischen Evidenz und Beweisbarkeit. Ein Genie kann eine hinreißende, völlig verkehrte Theorie in die Welt setzen, für die intelligente Menschen bereit sind, in den Tod zu gehen. Ein bürokratischer Federfuchser schreibt mit guten Argumenten, aber folgenlos dagegen an: Seine Widerlegung besticht einfach nicht.

Wie immer man es anstellt, zu schließen ist die Gewißheitslücke nicht. Man kann sie «verkleinern», indem man sich bei außerwissenschaftlichen Instanzen wie Religion, Moral, Ideologie, dem jeweiligen Zeitgeist oder auch dem

gesunden Menschenverstand Verstärkung holt – was in der Regel den Appeal der Theorie erhöht. Man kann die Lücke offenhalten, indem man das Prinzip des Zweifels dramatisiert – was meist einen Verlust an Attraktivität nach sich zieht. *Eine* Option besteht allerdings nicht: der Ausweg, die Forderung nach Überprüfbarkeit ganz und gar zurückzuweisen. Der Umstand, daß sozialphilosophische Entwürfe nicht mit der gleichen Exaktheit bestätigt oder widerlegt werden können wie naturwissenschaftliche, bedeutet nicht, daß sie dem Test der Wirklichkeit entzogen wären.

*

Eigentlich war zu erwarten, daß dem Geschichtsbruch von 1989 ein intellektuelles Nachbeben folgen würde. Viele, wenn nicht die meisten Bausteine, die den Nachkriegskonsens trugen, sind ins Rutschen geraten. Um nur einige zu nennen: Der real existierende Sozialismus, den viele trotz aller immanenten Kritik für ein im Prinzip brauchbares Gegenmodell hielten, hat sich als nicht lebensfähig erwiesen. Das sozialistische Wirtschaftssystem war nicht in der Lage, die sozialen Leistungen, die es den Bürgern garantierte, zu erwirtschaften; die DDR war seit Mitte der achtziger Jahre bankrott. Die Anklagen der Dissidenten und Ausgewiesenen, die oft als «Störer der Entspannung» oder als «Antikommunisten» angesehen wurden, sind durch die Tatsachen bestätigt und sogar übertroffen worden. Die Bezeichnung

der DDR als «Diktatur» bzw. «Polizeistaat» war nicht «antikommunistisch», sie war nichts weiter als korrekt.

Die parteiübergreifende Überzeugung, der vorfindliche Sozialismus sei irgendwie doch reformierbar, hat sich als eine Fehleinschätzung erwiesen. Nicht eine Reform, geschweige denn der Übergang zum Kommunismus, sondern eine anti-sozialistische Revolution stand am Ende der «sozialistischen Aufbauphase». Die Idee eines anderen, eines dritten Weges (zum Sozialismus) ist damit nicht widerlegt; bis heute sind deren Verfechter jedoch den Versuch schuldig geblieben, sie ökonomisch zu begründen.

Die Ansicht, die Warschauer-Pakt-Staaten seien eine friedliche Gegenmacht gegen den im Prinzip aggressiven Imperialismus gewesen, hält der heute möglichen Überprüfung nicht stand. Es steht fest, daß die Militärs des sozialistischen Blocks zum atomaren Ersteinsatz bereit waren und von den drei Gefechtsarten Angriff, Verzögerung, Verteidigung vorrangig den Angriff geübt haben. Die Vorbehalte gegen die «katholisch-reaktionäre» Solidarność-Bewegung weichen allmählich der Erkenntnis, daß vor allem diese Bewegung den Machtantritt Gorbatschows ermöglicht hat; das eilige westdeutsche Einverständnis mit dem Jaruzelski-Putsch im Namen «des Weltfriedens» muß sich mit Dokumenten aus dem sowjetischen Politbüro auseinandersetzen, wonach ein Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen nicht geplant war. Schließlich hat die Überzeugung der Deutschen, militärische Machtmittel seien kein Mittel der Politik, angesichts der

ethnischen Säuberungskriege im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda ihre Unschuld verloren.

Aber auch der Kapitalismus, der ja nicht gesiegt hat, sondern lediglich übriggeblieben ist, steht plötzlich seltsam nackt und glanzlos da. Fast scheint es, als sei ihm mit seinem Widerpart die Legitimationsgrundlage abhanden gekommen. Die Widersprüche, die zur Begründung des Sozialismus geführt haben, sind keineswegs «überwunden»; im internationalen Maßstab zeigen sie sich womöglich krasser als zu Marx' Zeiten.

Wo so viele Glaubensartikel gleichzeitig auf dem Prüfstand stehen, ist eine Debatte zu erwarten. Eine Spielregel dafür könnte sein, das dringende Angebot der Geschichte wahrzunehmen und eine Bestandsaufnahme zu beginnen: Welche Teile des Ideengebäudes haben gehalten und sind ausbaufähig, welche sind eingestürzt und müssen abgerissen werden?

Von einer solchen Debatte kann in Deutschland wohl kaum die Rede sein. Der bisher auffälligste Reflex des Geschichtsbruchs ist nicht eine neue Denkanstrengung, sondern ein zunehmend rüder Umgangston. Es gibt Gezänk, aber wenig Streit, Bezichtigungen und Verleumdungen statt Polemik und Auseinandersetzung, Durchhalteparolen statt Wißbegier und Staunen. Der Debattenstil ist meßbar rauher und verletzender geworden – er nähert sich jenen international berüchtigten Umgangsformen, die Deutsche beim Kampf um einen Parkplatz oder beim Warten in einer

Schlange zeigen. Nun mag man ja die Verachtung gewisser Höflichkeitsregeln, die in Frankreich, Italien oder den USA zum kulturellen Minimum gerechnet werden, als Zeichen deutscher Ehrlichkeit schätzen, als kulturelle Besonderheit, die Anspruch auf Artenschutz hat. In Deutschland lügt man, wenn man höflich ist, heißt es. Beobachter mit ethnologischem Interesse kommen freilich schon nach kurzem Aufenthalt zu dem Schluß, daß eine noch so verlogene Höflichkeit der ehrlichen deutschen Rüpelei am Ende vorzuziehen ist. Erkennbar leiden auch die Einheimischen darunter.

Fragen des Debattenstils gelten in einem Land, das den Sinn für das Wesentliche pflegt, als «reine» Formsache. Wenn sie die Debatte selbst behindern oder gar unmöglich machen, ist vielleicht doch ein Exkurs angebracht.

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, daß der fetzige Umgangston, der bisher eher in Szeneblättern zu Hause war, auch in den großen Zeitungen Einzug hält. Man kann den Trend zur Ersetzung des Diskurses durch die Beschimpfung, der Polemik durch die Beleidigung mit dem zunehmenden Konkurrenzdruck auf dem Medienmarkt erklären. Das Diktat der «Kürze» und der «Lesbarkeit» erzwingt den Vorrang der Pointe und des schnellen Urteils vor dem Argument: Nicht auf die Sache, sondern auf das Medium, das sie vermittelt, muß die Aufmerksamkeit gelenkt werden. Die Kunst des Etikettierens und des Lächerlichmachens rangiert vor den mühsameren Disziplinen der Beschreibung und der Argumentation, das Ideal des Knalleffekts in möglichst jedem Satz

läßt Gedankenketten nicht zu. Was zählt, ist das rasche Ergebnis, das sich an der 1.30-Message orientiert, und die Kunst, mit einem Minimum an Sachaufwand enorm starke Meinungen zu verbreiten.

Diese Erklärung trifft womöglich einen internationalen Trend, sie verpaßt die Eigenart der deutschen Variante. Was soll man davon halten, wenn Christa Wolf im *Stern* als «Heulsuse der Nation» vorgestellt wird; wenn Friedrich Christian Delius in der *Zeit* gelegentlich einer Buchbesprechung zum «Hausmeister der Nation» ernannt wird; wenn über Hans Magnus Enzensberger in der *Zeit* zu lesen stand: «und so schönhubert es weiter»; wenn der gleiche Autor im *Spiegel* in die Nähe des *Völkischen Beobachters* gerückt wird und ein Zitat von ihm als «rülpsen» qualifiziert wird; wenn Klaus Hartung in der *Neuen Zürcher Zeitung* als «Antiintellektueller» aufgelistet wird; wenn andere Autoren und ich unter der Rubrik «Konvertit des Monats» in der *Zeit* «als Barbarenzug» angesprochen werden, der auf jedes Fingerschnippen der *FAZ* «angehechelt kam, um zu bereuen», und sich dem Zirkusdirektor Joachim Fest am «goldenen Nasenring vorführen» ließ; wenn Botho Strauß mit Hilfe fahrlässig vager Gleichheitszeichen als «Rechtsintellektueller», «Nationalist», «Faschist», gar als «Wegbereiter» der rassistischen Anschläge auf Ausländer denunziert wird? Gewisse Anwürfe sind durch Sportsgeist nicht mehr zu bewältigen. Ein solcher Umgangston ist in den Meinungsspalten vergleichbarer ausländischer Zeitun-

gen wie der *New York Times*, *Republica*, *Le Monde*, *Times* nicht zu finden.

Eine beliebte deutsche Faustregel lautet: wer sich durch einen Satz getroffen fühlt, gibt damit zu, daß der Satz zutrifft. Nach dieser famosen Logik würde etwa ein Schwarzer, der sich durch eine rassistische Bemerkung verletzt fühlt, damit die Berechtigung des Rassismus bestätigen – warum würde er sich sonst aufregen? Das Argument belegt bestenfalls eine aggressive Ignoranz. Diffamierungen sind gerade durch den Verzicht auf Begründung definiert, deswegen ist ihnen mit noch so guten Gegengründen auch nicht zu begegnen. Es wäre falscher Stolz, ihre Wirkung zu leugnen. Selbstverständlich fühlen sich alle, die hier verletzt werden sollten, tatsächlich verletzt, und diese Kränkungen haben Folgen. Ein Klima, in dem der Argwohn vor der Neugier kommt, in dem Denkbewegungen, die den Konsens erschüttern, vorab mit Giftwarnungen wie «Verrat», «Konvertit», «Nationalist», «Faschist» beklebt werden, fördert nicht gerade die Erkenntnisfreude. Bekanntlich leiden nicht nur die Spieler, sondern auch das Spiel, wenn die Kontrahenten einander nur noch in die Schienbeine und die Magengrube treten: der Ball wird dann nicht mehr gespielt.

Der hier skizzierte grobianische Stil kann in Deutschland auf eine reiche und lange Tradition zurückblicken. Als Friedrich Dedekind seinen Versroman «Grobianus – De morum simplicitate duo» (Zwei Bücher über die Einfalt der Sitten) in der Mitte des 16. Jahrhunderts veröffentlichte, wollte er

die Sitten deutscher Studenten geißeln. Die Satire wurde von den einheimischen Lesern freilich eher als Handlungsanleitung mißverstanden. Das von Dedekind angezeigte Zivilisationsdefizit wurde auch später immer wieder als Tugend gefeiert; so etwa in den Spott-und-Hohn-Schriften, mit denen deutsche Literaten über die Formzwänge und Höflichkeitsrituale ihrer französischen Kollegen herfielen.

Mitte des 19. Jahrhunderts revolutionierten die Begründer des Sozialismus auch die Kultur der Beschimpfung und verschafften ihr ein sozusagen wissenschaftliches Fundament. Das neue Niveau zeigte sich nicht nur in einer staunenswerten Schöpferkraft beim Erfinden «wissenschaftlicher» Kraftwörter, sondern auch in einer aus der Sache nicht recht erklärbaren Neigung zur Ab- und Ausgrenzung. Die Schärfe, ja die Vernichtungsenergie, mit der vor allem Karl Marx über Anreger und Geistesverwandte wie Proudhon, Feuerbach, Bebel, Stirner herfiel, hat selbst bei seinen kritiklosen Anhängern ein Frösteln erregt. Seine Ausfälle gleichen nicht selten verbalen Exekutionen. Seltsamerweise ist die Linke ausgerechnet dieser Marotte des genialen Urvaters bis auf den heutigen Tag treu geblieben – unter Verlust des ursprünglichen Einfallsreichtums. Was aus dem übertollen Fundus blieb, war ein halbes Dutzend Verbannungswörter, deren lateinischer Ursprung «Wissenschaftlichkeit» suggeriert: Renegat, Konvertit, Revisionist, Reformist, Konterrevolutionär.

Auf den ersten Blick scheint es merkwürdig, daß diese Tradition die geschichtliche Umwälzung von 1989 nicht nur

überlebt, sondern sogar wundersam gestärkt überstanden hat.

Offenbar hat die Mauer nicht nur eine teilende, sondern auch eine stabilisierende Funktion gehabt. Der plötzlich offene Raum macht angst, die geschichtliche Beschleunigung begünstigt Brems- und Klammer-Reflexe. Im Ruinstaub des alten Status quo verklärt sich nicht nur die verschwundene DDR; das mauergeschützte Idyll der alten Bundesrepublik erscheint manchen als naturrechtlich vorgegebener Zustand. Wenig fehlt zu der Behauptung, der Homo sapiens sei mit der Verfassung von 1949 geboren, die Bundesrepublik komme kulturgeschichtlich vor der Erschaffung des Menschen.

Vorstöße zu einer neuen Ortsbestimmung werden abgewehrt: Kurs halten, es hat sich nichts geändert, das Land ist lediglich etwas größer geworden. Dies ist die Stunde der Nullargumente – so nenne ich Denkfiguren, die ohne jeden Rekurs auf die neue Realität an den alten Gruppenkonsens appellieren. Hier eine kleine Liste.

Nullargument 1: «X. hat früher völlig anders geredet oder gedacht.» Diese Art der Überführung setzt auf den Glauben, eine Denkbewegung sei bereits diskreditiert, weil sie in Widerspruch zu früheren Positionen des Autors steht. Die entsprechenden Formeln lauten: «Es mutet heutzutage merkwürdig an, wenn ausgerechnet die Meinungsführer der 68er Generation...» «Es ist kein Zufall, daß gerade die ehemaligen Linken...» Offensichtlich hat dieser Einwand keinerlei

analytische Kraft, er setzt auf den Gruppenreflex: Abweichung gleich Verrat. Daß jemand seine Ansichten revidiert, beweist noch nicht, daß er irrt, übrigens auch nicht, daß er früher Unsinn geredet hat. Politische Vorgaben, die vor zwanzig Jahren produktiv waren, können sich in einem veränderten Kontext als Denk- und Handlungshemmnisse erweisen. Kaum jemand bestreitet heute, daß Willy Brandts Politik der kleinen Schritte, des Wandels durch Annäherung ein historischer Fortschritt gegenüber der Hallsteindoktrin war. Ebenso deutlich ist, daß die Umwälzung von 1989 die Grenzen dieses Denkansatzes aufgewiesen hat – eine Einsicht übrigens, die Willy Brandt selber als erster formulierte. Sollte man das Argument nicht umkehren? Muß man sich nicht um die Kompetenz von Intellektuellen, die sich durch den Geschichtsbruch von '89 *nicht* in ihren Denkgewohnheiten beirren ließen, ernste Sorgen machen?

Denken ist keine Durchhalteveranstaltung und keine Übung in Gesinnungstreue. Der inflationäre Gebrauch der linken Ächtungswörter «Konvertit» bzw. «Renegat» und deren aktuelle Variante vom «gewendeten Intellektuellen» verrät einen rührenden Glauben an den Wert der Unwandelbarkeit. In jedem Einzelfall muß doch untersucht werden, ob die «Wendung» zutreffenden Beobachtungen der Wirklichkeit oder Gründen bloßer Vorteilsnahme entspringt. Macht es etwa keinen Unterschied, ob jemand einer Erkenntnis oder einem Irrtum die Treue hält? Ob er sich wie Giordano Bruno für eine von ihm selbst erkannte Wahrheit oder für

einen von einer Kirche oder Partei verordneten Irrglauben verbrennen läßt? Ist es nicht überhaupt an der Zeit, Verbannungswörtern wie «Renegat» oder «Konvertit» zu mißtrauen? Mir nötigen «Renegaten» wie Ignazio Silone, Arthur Koestler, Manès Sperber, Jorge Semprun, Ralph Giordano, Wolf Biermann mehr Respekt ab als die Heerscharen von Unerschütterlichen, die ihrem Glauben an den Kommunismus über alle Einsprachen der Wirklichkeit und alle Verbrechen der Partei hinweg die Treue hielten.

Nullargument 2: «Mit diesem Satz fällt X. hinter eine längst überwundene Position zurück.» Danach disqualifizieren Argumente sich von selbst, die im Verdacht einer Wiederbelebung traditioneller, vom Gruppenkonsens verworfener Anschauungen stehen. So hat Klaus Hartung mit seiner Überlegung, ob die Rechte sich im Augenblick «näher an der neuen Realität» bewege und einigen diese Vermutung erläuternden Thesen die folgenden Empörungsschreie ausgelöst: «brachialreaktionär», «die alten Themen des konservativen Weltbildes», «prinzipieller, fortschrittskritischer Kulturpessimismus»! Micha Brumlik hat Klaus Hartung mit Hilfe des Kurzschlußmodells: Kulturpessimismus führt zum Nationalismus (bekanntlich waren die Nazis Kulturpessimisten!?) dann auch gleich der Rechten zugeschlagen. Mir wird wegen eines Artikels im *Kursbuch* ein «Rückfall auf Standpunkte einer konservativen Wertepädagogik» und auf «Vatis Argumente» bescheinigt.

Einmal angenommen, es wären «Vatis Argumente»: wo-

her die Sicherheit, daß alles, was «Vati» gesagt hat, falsch war? Wie, wenn die vermeintlich «fortschrittliche» Position plötzlich Lücken aufweist? Wie, wenn die «längst überwundene» einen gewissen Erklärungswert offenbart? Die Vorstellung, Rückfälle seien per se verwerflich, baut auf den Glauben an einen linearen Fortschritt der Erkenntnis, der für Grundoperationen des Denkens wie Korrektur und Wiederaaneignung keinen Platz läßt.

Tatsächlich sind Erkenntnisfortschritte häufig aber nur durch intelligente Rückfälle zu haben, wobei ja im Glücksfall neue Mischungen entstehen. Wer sich und anderen solche «Rückfälle» verbietet, muß sich den Verdacht gefallen lassen, daß es ihm mehr auf die Vermeidung einer Kränkung ankommt als auf Erkenntnis.

Nullargument 3: «Mit diesem Satz sagt der «Altexlinke» X. eigentlich dasselbe wie ein Rechter, nun hat er sich endgültig als Rechter entpuppt.» Nach diesem Schema ergibt sich die Verwerflichkeit eines Satzes bereits daraus, daß er sich dem jeweils liebsten Feinde zuordnen läßt. Umgekehrt erscheint ein Satz bereits dadurch legitimiert, daß er den größtmöglichen Abstand zur gegnerischen Position suggeriert – tatsächlich geht diese Figur meist mit einer Versimpelung des Gegenstandpunktes einher. Muster: «Wenn die Mächtigen der Welt den Frieden nicht wollen, dürfen wir nicht nach den Waffen rufen» (Ludger Vollmers Begründung seiner Ablehnung jeder Intervention in Bosnien auf dem Sonderparteitag der Grünen). Es liegt auf der Hand, daß diese Art der

«Beweisführung», die sich sonst nur in Kriegszeiten durchsetzt, einem Berührungsverbot gehorcht. Die Frage, ob ein Satz zutrifft oder nicht, wird durch die andere ersetzt: In welche Gesellschaft bringt mich dieser Satz? Nach diesem Muster werden Intellektuelle, die bisher eher links eingeordnet wurden, neuerdings als «rechte Vordenker» disqualifiziert.

Es würde hier zu weit führen, auf die jeweiligen Anlässe dieses Exkommunikationsrituals einzugehen, das so inkommensurable Autoren wie Hans Magnus Enzensberger, Martin Walser, Botho Strauß, Wolf Biermann, Claus Leggewie, Cora Stephan, Klaus Hartung, Hans Christoph Buch und den Autor dieser Zeilen auf dieselbe Strafbank setzt. Angemerkt sei immerhin, daß es sich bei der Rechts-links-Figur um eine Reduktionsform früherer Zuordnungen handelt: «Links» assoziierte sich noch vor ein paar Jahren mühelos mit «sozialistisch» bzw. «antiimperialistisch»; «rechts» schloß das Wortfeld «antikommunistisch» mit seinen zahlreichen Varianten ein. Womöglich wäre es ja eine Erörterung wert, warum die bis vor kurzem noch bewährten Zuordnungswörter plötzlich vermieden werden. Statt eigener Denkanstrengung hat man es dem Darwinismus der Geschichte überlassen, die noch brauchbaren Wörter von den plötzlich nicht mehr «opportunen» zu scheiden. Auf dem letzten Parteitag der SPD tauchte der Begriff «Sozialismus» ganz einfach nicht mehr auf.

Aber einmal angenommen, es gäbe, unbeschadet aller historischen Einbrüche, einen kohärenten linken Konsens

und die von den «Konvertiten» in letzter Zeit vorgebrachten Überlegungen träfen ihn ins Mark; sie stellten also nicht nur Korrekturen, sondern Abweichungen, ja gezielte Aufkündigungen dar. In welchem Katechismus steht geschrieben, daß jemand, der sich von links entfernt, sofort rechts ankommt?

Die geographische Analogie legt das Bedenken nahe, daß jemand, der vom Südpol aufbricht, nicht gleich am Nordpol anlangt. Es muß zwischen links und rechts einen gewissen Zwischenraum geben, der freilich in Deutschland notorisch übersehen wird und folglich keinen populären Namen hat. Politische Begriffe wie liberal, radikaldemokratisch, nonkonformistisch, konservativ, die dazu taugen, die weiten Landschaften zwischen den Polen zu benennen, gelten hierzulande als kraftlose Verlegenheitswörter. Selbst in dem halbwegs populären Begriff «Querdenker» schwingt ein schulterklopfender Tadel mit. Könnte es sein, daß sich in dem Zwang zur Rechts-links-Einteilung ein historisches Defizit zeigt: die Unterentwicklung einer liberalen Kultur? Im internationalen Sprachgebrauch verfährt man mit dem Begriff «rechts» ziemlich streng. In England und den USA assoziiert das Wortfeld «rechts» Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus. Der Versuch der hiesigen Grenzschützer, Autoren wie Enzensberger, Hartung oder Strauß als «rechte Vordenker» einzuordnen, würde dort nur ein Kopfschütteln hervorrufen. Hat einer der Genannten mit irgendeiner Silbe dem Nationalismus das Wort geredet, gegen Ausländer und die «Asylantenflut» gehetzt, die Naziverbrechen geleugnet

oder relativiert, die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 verlangt? Ich bitte um Zitate.

In Wirklichkeit führt der deutsche Zuspitzungsdrang eher zur Entgrenzung der Begriffe denn zur Klarheit. Wenn die oben Genannten als «Rechte» zu orten sind, welcher Begriff bleibt dann für die tatsächlichen Verbreiter rechten Gedankenguts, die es ja gibt? Für die Irvings, Lummers, Schönhubers, Freys? Das seien dann die Faschisten! erwidern die Grenzschrützer. Die Antwort gewährt keinen Trost. Denn auch diese Hürde haben Botho Strauß, Klaus Hartung und Hans Magnus Enzensberger nach den Erkenntnissen der Ankläger längst genommen, siehe oben.

Das Fatale ist, daß solche Bekreuzigungen auch den Frömmsten nur einen provisorischen Schutz bieten. Selbst wenn sie ganz und gar sicher wären, daß die Exkommunizierten tatsächlich «Rechte» und «Antiintellektuelle» sind, so wüßten sie immer noch nicht, ob deren Thesen zutreffen oder nicht. Mit der Liebe zur Einteilung haben die deutschen Intellektuellen bereits in der jüngsten Vergangenheit keine guten Erfahrungen gemacht. Man muß sich nur vergegenwärtigen, was in den letzten zwanzig Jahren «typisch linke» oder «rechte» Sätze waren. Wer an das Selbstbestimmungsrecht in der DDR und den anderen Ländern des Warschauer Pakts erinnerte, galt als Rechter; links war es, dieses Recht, aus Rücksicht auf den «Weltfrieden», lieber nicht anzusprechen und den Regierten Geduld und Zurückhaltung zu empfehlen; wer den Honecker-Staat eine Diktatur nannte oder

Hannah Arendts Begriff des Totalitarismus für anwendbar hielt, hatte sich als Rechter kenntlich gemacht; links war es, die Unterdrückung der Opposition nicht «hochzuspielen» und den Kontakt zu ihr zu vermeiden; rechts, dem realen Sozialismus wirtschaftliche Ineffizienz vorzuhalten, links, dieses Faktum aus dem Einkreisungsdruck des Kapitalismus zu erklären oder es zu ignorieren; rechts, die Mauer für eine unerträgliche Zumutung zu halten, links, sie als Strafe für die Naziverbrechen zu akzeptieren und das Thema möglichst gar nicht zu berühren. So kam es, daß Problemfelder, die die Geschichte allen Deutschen hinterlassen hatte, als Privatgrundstücke der Rechten angesehen und gemieden wurden.

Im Rückblick erscheinen die meisten dieser Zuordnungen auch denjenigen, die sie in Gang gehalten haben, als seltsam, wenn nicht gar als grotesk. Kaum jemand bestreitet heute, daß der Ab- und Ausgrenzungswahn allzu häufig die Wahrnehmung der einfachsten Fakten blockiert hat.

Ganz offenbar ist es der Linken nicht gut bekommen, daß ihre Vordenker vierzig Jahre lang ein Quasimonopol auf den Titel «Intellektueller» innehatten. Diese Ausnahmestellung hat «die Konkurrenz um die Wahrheit» eingeschränkt und rituelle Denkabläufe begünstigt. Ich halte es für eine Chance, daß der Geschichtsbruch von '89 die Gewißheit der Linken, sie allein habe die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen, nachhaltig erschüttert. Damit will ich meine moralischen und politischen Vorlieben nicht verleugnen. Aber moralische Sensibilität ist keine Garantie für eine

überlegene Erkenntnisfähigkeit, und die Tatsache, daß Linke jetzt zuweilen Sätze in den Mund nehmen, die man vorher nur von Rechten hörte, beweist nicht, daß sie Rechte geworden wären, sondern lediglich, daß auch Rechte zur Erkenntnis fähig sind.

Wenn es stimmt, daß das Ritual der Ausgrenzung das Wahrnehmungsfeld der Intellektuellen bis heute einschränkt, so muß gefragt werden, was eigentlich seine Leistung ist. Ein Ritual, das einen so großen Verlust an Talent, Entdeckerfreude und guter Laune in Kauf nimmt, muß irgendeinen geheimnisvollen Gewinn abwerfen.

*

Bei den vielen engagierten Debatten über «Jugend und Fremdenhaß» fällt immer wieder ein narzißtisches Zeremoniell auf: Die Bestätigung der eigenen politischen Identität kommt jeweils vor der Frage nach einer erfolgsversprechenden Aktion. Offenbar entsteht eine Angst, sich aufzulösen, jedwede Identität zu verlieren, wenn die Diskriminante zwischen der Gruppe und dem politischen Feind auch nur momentan verlorenght. Kann es sein, daß dieser Verlust deswegen so bedrohlich wirkt, weil nur das Haßobjekt Schutz gegen jenen Selbsthaß gewährt, mit dem die sensibleren Kinder im Nachkriegsdeutschland aufgewachsen sind?

Auf die ungeheure Schuld, die die Nazigeneration hinterlassen hatte, reagierten viele der beeindruckbaren Nach-

geborenen mit einer Art Unschuldskomplex. Es bildete sich eine kathartische Übung heraus: ein Wettlauf um den wahren, den konsequenteren Antifaschismus, der dem Sieger die Krone der Unschuld versprach. Am besten wurde das eigene Gewissen beruhigt, indem man bei anderen Spurenelemente faschistischer Gesinnung aufspürte; die unauffälligste Art, das Wort Auschwitz zu mißbrauchen, bestand darin, daß man einem anderen nachwies, er habe es mißbraucht; verbale Anklänge, vage Wortverwandtschaften genügten bereits für einen Indizienbeweis. Die Kultur der Entlarvung und Überführung, die so gedieh, gehorchte selbstverständlich nicht nur selbstlosen Motiven. Eine Unschuld, die nur behauptet, nicht gefühlt wird, ist hoch irritierbar; das gut sein wollende Gewissen ist ein gefräßiges Tierchen. Jede Überführung eines Gesinnungstäters diente auch der eigenen Reinigung; wer einem anderen ideologische «Nachbarschaft» zu den Nazis nachsagte, hatte sich einen momentanen Vorsprung im Wettbewerb um die Unschuld erlaufen.

Es mag sein, daß dieser Reinigungszwang nur die Generation der heute vierzig- bis fünfzigjährigen Intellektuellen kennzeichnet. Ich behaupte, daß er die Debatte in Deutschland bis heute prägt und behindert. Einfache Tatsachenfeststellungen, legitime und notwendige Überlegungen werden inkriminiert, wenn sie den Schutzwall berühren, den die «Unschuldigen» um sich errichtet haben. Der narzißtische Charakter des Rituals zeigt sich darin, daß er außer einer Vergiftung des geistigen Klimas verblüffend wenig prakti-

sche Folgen hat. Die wirklich überführten Gesinnungstäter kann man an einer Hand abzählen; eine breite intellektuelle Mobilisierung gegen den ethnischen Säuberungskrieg im ehemaligen Jugoslawien ist hierzulande – anders als in Frankreich, Italien und den USA – bis heute ausgeblieben, und die Auslieferung serbischer und albanischer Kriegsflüchtlinge an die serbischen Kriegsherren hat bisher – anders als der Prinzipienstreit um den Artikel 16 – nur kirchliche Gruppen auf den Plan gerufen.

Angesichts des Extremfalles deutsche Geschichte wird man den hier skizzierten Unschuldswahn nicht als überflüssige Marotte abtun können. Und ich will nur anmerken, daß ich mich jenen, die ihm verfallen sind, näher fühle als den anderen, die das Bedürfnis nach Reinigung nie empfunden haben. Es läßt sich aber auch nicht leugnen, daß ein Denken, das sich als unbewußte Bußübung vollzieht, starken Beschränkungen unterliegt. Wenn es die neuen Fragen, die der Geschichtsbruch von 1989 aufwirft, mit Berührungsverboten pflastert, darf man von Realitätsuntüchtigkeit sprechen.

*

Die Behauptung, daß sich die Erde um die Sonne drehe, war durch den Einwand, daß sie ketzerisch sei, nicht widerlegt. Die Befürchtung, daß der Mensch zu seinen übrigen Triebbegabungen auch ein rohes Aggressionspotential rechnen müsse, läßt sich durch Alarmrufe wie «Kulturpessimismus»,

«Ruck nach rechts» nicht beruhigen. Die Feststellung, daß das Modell realer Sozialismus gescheitert ist, der Zweifel, ob irgendeine Variante dieses Modells einen Ausweg aus den Ungerechtigkeiten des Kapitalismus weisen kann, ist durch Gesinnungstreue nicht zu bewältigen. Die Überlegung, die deutsche Geschichte sei länger als zwölf Jahre Naziherrschaft und weise Traditionen auf, auf die sich ein Nationalbewußtsein, Pardon, ein bescheidener Patriotismus gründen könne, ist weder rechts noch links – sie trifft zu.

In meinen Augen spricht nichts dafür, daß der Gegensatz zwischen rechts und links obsolet geworden wäre. Soweit er durch die Ausgrenzung bzw. Monopolisierung politischer Themen bestimmt wird, hat er seinen Sinn verloren. Soweit er grundsätzliche Haltungen zur Geschichte markiert, wird er fortbestehen. Historisch hat sich die Linke durch ihre Sensibilität für die Unterdrückten und Entrechteten der Welt legitimiert. An der Notwendigkeit und Wünschbarkeit der linken Option hat sich nichts geändert. Allerdings läßt sie sich nicht mehr aus dem Anspruch auf eine angeblich überlegene Einsicht in historische und gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge begründen. Auf den selbstausgestellten Bonus, man sei sowohl klüger als auch ein besserer Mensch, weil man links ist, wird die Linke wohl verzichten müssen.

Erwiesenermaßen war sie immer schlecht beraten, wenn sie den Egoismus als etwas «dem Menschen Wesensfremdes» verleugnete. Daniel Cohn-Bendit hat die Öffentlichkeit kürzlich mit der Behauptung verblüfft, für ihn stelle die Forde-

rung nach einer westlichen Intervention in Bosnien eine linke Position dar, denn die Linke habe sich immer für die Leiden von unterdrückten und vergewaltigten Völkern engagiert.

Ich halte Cohn-Bendits Definition für brauchbar. Allerdings schlägt sie so ziemlich allem, was in Deutschland derzeit als links gilt, ins Gesicht. Es liegt auf der Hand, daß seine Forderung nicht «vernünftig» im Sinn des unmittelbaren Eigeninteresses ist. Selbstverständlich ist es viel «vernünftiger», sich aus dem «Schlachthaus Balkan» herauszuhalten – und es ist nichts weiter als komisch, wenn die SPD und die Grünen diese Position des nackten nationalen Eigeninteresses als links verkaufen. Begründen läßt sich Cohn-Bendits Position nur, wenn der Begriff «Interesse» im Sinn der wörtlichen Übersetzung des lateinischen Verbums bestimmt wird. «Inter-esse» heißt «dazwischen-sein», «mit anderen sein». Wo Menschenrechte verletzt werden, werden potentiell die Individualrechte eines jeden berührt. Die einzig brauchbare Diskriminante zwischen links und rechts ergibt sich aus der Behauptung der Linken, die universelle Geltung der Menschenrechte sei Bestandteil des wohlverstandenen Eigeninteresses eines jeden. Selbstverständlich handelt es sich hier um eine moralische Wahl, die sich nicht aus irgendwelchen ehernen Gesetzen der Geschichte oder einem vermeintlichen «eigentlichen» Wesen des Menschen herleiten läßt. Sie muß sich die Frage nach ihren Kosten und der Bereitschaft, diese zu erbringen, gefallen lassen.